

Anfrage öffentlich		Datum 24.09.2025	Nummer F0306/25
Absender CDU/FDP-Stadtratsfraktion			
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris			
Gremium Stadtrat		Sitzungstermin 25.09.2025	
Kurztitel Haushalt 2026 – Konsolidierungsmaßnahmen			

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Borris,

in der vergangenen Woche wurde der Haushaltsplan 2026 veröffentlicht. Wie in der Praxis der Stadtverwaltung üblich, werden nicht erst die Stadträte informiert, sondern es wird eine Pressekonferenz abgehalten. Erst nach der Pressekonferenz werden dann die Drucksachen und die dazugehörigen Anlagen im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt. Die Stadt Magdeburg hatte in ihrer Pressekonferenz mitgeteilt, dass trotz begonnener Konsolidierungsmaßnahmen der Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr nicht ausgeglichen ist. Aktuell geht die Landeshauptstadt Magdeburg von einem Fehlbetrag von rund 57 Millionen Euro aus. Investieren möchte die Stadt 2026 rund 90 Millionen Euro. Die Stadträte und die Stadtverwaltung werden, wie in den Jahren zuvor, angehalten, Sparvorschläge zu unterbreiten. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes, ermöglicht Rekordinvestitionen für Schulen und Kitas, Bahnstrecken und Straßen, Forschung und Digitalisierung. Die Stadt Magdeburg soll daraus 128 Millionen Euro bekommen. Die Umverteilung der Gelder vom Land Sachsen-Anhalt könnte aber höher an die Kommunen ausfallen. Andere Bundesländer geben mehr finanziellen Mittel aus dem Sondervermögen an die Kommunen weiter.

Deshalb frage ich:

1. Dienen die 128 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes mit als Entscheidungsgrundlage für einen genehmigten Haushalt des Landesverwaltungsamtes?
2. Welche Projekte in Magdeburg sollen konkret aus den 128 Millionen Euro Bundes-Sondervermögen finanziert werden?
3. Welche Konsolidierungsanstrengungen werden von der Stadtverwaltung Magdeburg angestrebt und welche sind bereits eingeleitet? Gibt es hierzu einen Zeitplan?
4. Gibt es weitere Gebührenerhöhungen und damit eine Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger? Wenn ja, in welchen Bereichen?

5. Welche Arten von Verkäufen sind seitens der Stadt Magdeburg für 2026 geplant? Gibt es eine grobe Schätzung der damit verbundenen Einnahmen?
6. Welche finanziellen Mittel werden seitens der Stadt pro Jahr für das Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozessinnovation GmbH (ZPVP) und die Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zur Verfügung gestellt? Ich bitte um eine getrennte und detaillierte Aufstellung.
7. Könnten durch den Wegfall der Anteile der Stadt Magdeburg am Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozessinnovation GmbH (ZPVP) und an der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte Gelder eingespart und als Grundlage für eine Konsolidierung genutzt werden? Wie würde sich dies voraussichtlich auf die Leistungen der Gesellschaften auswirken?
8. Sind die Aufgaben weiterer (Beteiligungs-)Gesellschaften zwingend kommunale Pflichtaufgaben, oder gibt es Geschäftsfelder, die freiwillig sind und ggf. gestrichen oder reduziert werden könnten? Ich bitte um eine getrennte und detaillierte Aufstellung.
9. Welche (Beteiligungs-)Gesellschaften bieten Leistungen an, die auch privatwirtschaftlich oder durch andere Träger erbracht werden könnten? Ich bitte um eine getrennte und detaillierte Aufstellung.
10. Welche Beteiligungsgesellschaften stellen ein besonderes Haushaltsrisiko dar (z. B. durch hohe Verschuldung oder Investitionsbedarf)?
11. Welche freiwilligen Leistungen könnten nach Ansicht der Stadtverwaltung in den nächsten Jahren reduziert oder gestrichen werden? Ich bitte um eine detaillierte Auflistung nach Dezernaten. Die Auflistung ist auf Basis einer rein wirtschaftlichen Betrachtung und ohne Rücksicht auf (mögliche) politische Wünsche vorzunehmen.

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme innerhalb der vorgegebenen Frist gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg. Ich bitte um kurze Benachrichtigung, wenn diese Frist nicht eingehalten werden kann.

Manuel Rupsch
finanzpolitischer Sprecher
CDU/FDP Stadtratsfraktion